



„Ein riesiger Schritt zurück“

Bildungs-Sparen. Warum Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek ausgerechnet bei der Ganztagschule spart – und was Bildungsexperten dazu sagen.

WIEN (SN-a. k.). Die Pläne waren ehrgeizig: Es werde zu einem „qualitativen und quantitativen Ausbau an ganztätigen Schulformen“ kommen, vereinbarten SPÖ und ÖVP in ihrem Koalitionspakt.

Vor allem für die SPÖ war die Ganztagschule stets eine Prestigeangelegenheit: Sie erhöhe die Chancengleichheit, da sie Kindern, die zu Hause nicht gefördert würden, auch am Nachmittag eine anregende Umgebung biete. Und sie ermögliche den Eltern eine ganztägige Berufstätigkeit – so lauten stets die Hauptargumente.

Bereits kurz vor der Wahl hatte sich der Bundeskanzler die Schützenhilfe der Industrie für sein Anliegen einer „verschränkten Ganztagschule“ gesichert – also für eine Schule, in der Unterricht und Freizeit „verschränkt“ über den ganzen Tag verteilt sind. Es sei „unmöglich, dass Österreich mittels Halbtagschule“ seine bildungspolitischen Ziele erreiche, sagte Industriellenpräsident Georg Kapsch in einem Hintergrundgespräch mit Faymann.

Und im Dezember des Vorjahres wurde die frisch angelobte Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek ganz mutig: Die Regelung, dass die Lehrer ein Veto gegen die Umwandlung ihrer Schule in eine Ganztagschule einlegen könnten, werde fallen, kündigte sie an. Ganztagschule war also das Gebot der Stunde.

Bis jetzt. Denn Mittwochabend



Weniger Geld für die Ganztagschule? Hannes Androsch, Initiator des Bildungsvolksbegehrens, greift sich an den Kopf.
Bild: SN/PICTURE DESK

verkündete die Unterrichtsministerin nach einer Verhandlungsrunde mit den Bildungslandesräten, dass die Ausbaupläne für die Ganztagschule zurückgestellt werden. Von den für heuer geplanten 160 Millionen werden 50 Mil-

lionen gestrichen, genauer: Sie sollen erst 2018 investiert werden. Dies werde keinerlei Auswirkungen haben, denn das Geld sei von den Ländern ohnehin nicht „abgeholt“ worden.

Bildungsexperten reagieren mit

Bestürzung. „Das ist ein riesiger Schritt zurück“, sagte Hannes Androsch, Initiator des Bildungsvolksbegehrens im SN-Gespräch. Der Ausbau der Ganztagschule sei aus pädagogischen Gründen unerlässlich. Das Argument, dass die Länder die Gelder für die Ganztagschule nicht abgeholt hätten, zeige nur, „dass die Länder keine Berechtigung für die Schulzuständigkeit haben“, wetteuerte der Industrielle.

Auch der grüne Bildungssprecher Harald Walser, selbst AHS-Direktor, reagiert empört. „Das wird dramatische Auswirkungen haben“, kündigte er den SN an. Die Ganztagschule sei vor allem wichtig „für Alleinerzieherinnen und für Eltern, die ihre Kinder nicht entsprechend fördern können“. Auch für junge Migranten sei die Ganztagschule – zwecks Spracherwerbs – unerlässlich.

Verärgert reagierte auch der langjährige Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer. Bund und Länder hätten „genau jene Einsparungsvariante gewählt, die nicht sie selbst betrifft“, sagte er in einem APA-Gespräch. Dass das Geld nicht zur Gänze abgerufen worden sei, habe einen einfachen Grund: Die Bedingungen dafür seien „viel zu hoch geschraubt“, rügt er. So gebe es lediglich eine Anschubfinanzierung – nach deren Auslaufen würden die Gemeinden auf den Kosten etwa für Freizeitpädagogen sitzen bleiben.